Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigenannahmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 5 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 7. Januar 1931

Produktions-Ankurbelung

Dietrichs Pläne in der Arbeitslosenfrage.

Lohnzuschüsse statt Stempelgelder.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich weilt zurzeit in Stuttgart und hielt dort in der Landesversammlung der württembergischen Demokraten eine hochbedeutsame Rede über die Wirtschaftskrise, das damit verbundene Arbeitslosenproblem und die Reparationen. Man sah in der Versammlung zahlreiche namhafte Vertreter aus Wirtschaft, Handel und Industrie, der Parlamente und der Behörden Württembergs. Zunächst verteidigte der Minister die letzte Notverordnung und bedauerte die Kürzung der Beamtengehälter. Dann kam er auf die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu sprechen.

Für die durch die Wirtschaftskrise herbeigeführte Arbeitslosigkeit, sagte der Minister, haben wir im laufenden Jahre voraussichtlich einen Aufwand von 2,2 Milliarden Mark. Die äußeren Kriegslasten betragen 1,7 Milliarden, die inneren über 2 Milliarden Mark. Wir sind also von vornherein mit einer unproduktiven Ausgabe von etwa 6 Milliarden Mark im laufenden Jahre belastet. Ich bejahe die Privatwirtschaft und lehne die sozialistische Wirtschaft ab. Das entbindet uns aber nicht von der Pflicht, Schwierigkeiten zu sehen und zu bekämpfen. Die Hauptgefahr sehe ich in der

Verdrängung des selbständigen Unternehmers,

auf dessen Erfindergeist und Wagemut das privatkapitalistische System beruht, ferner in der Unbeweglichkeit und Unwirtschaftlichkeit großer Konzerne, die mit ihrer großen Beanspruchung des Kapitalmarktes und der Banken auf die Dauer eine Gefahr bedeuten. Die Arbeitslosenversicherung hat das Band der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ebenso gelockert, wie den Verantwortungssinn der Familienangehörigen für die Familienmitglieder. Eine Unmenge von Not beruht auf diesen Dingen.

Die Frage stellt sich ganz klar so: Welche Wege gibt es, die Arbeitslosen, statt sie zu unterstützen, zu beschäftigen? Mit dem Wohlfahrtsaufwand der Gemeinden werden zurzeit ohne Gegenwert im ganzen für die Arbeitslosen gegen drei Milliarden Mark ausgegeben. Das ist so ungeheuerlich, daß neue Wege gewagt werden müssen. Wir müssen versuchen, an irgendeinem Punkte einzusetzen, um den Produktionsprozeß zu beleben, entweder, indem wir bei den wichtigsten Urprodukten zufassen und dabei gleichzeitig die Preise herunterbringen, oder aber indem wir bei verarbeitenden Industrien einsetzen, die besonders wichtige Rohprodukte verbrauchen. Ich stelle mir das nicht im Wege einer Subvention vor, sondern so, daß wir für die mehrbeschäftigten Arbeiter einen Zuschuß leisten, der der Verbilligung dient.

Wo vier Millionen Staatsbürger in Gefahr sind, in die Verzweiflung getrieben zu werden, sind positive Maßnahmen alles und Bedenken nichts. Obendrein können wir allen Gefahren begegnen, wenn wir den Versuch nur auf kurze Zeit machen, auf lange Sicht aber durch die Wirtschaftspolitik aus der Vergangenheit lernen. Wenn wir einmal eine Hochkonjunktur haben, dürfen wir nicht auch noch den Wohnungsbau forcieren, sondern diese Arbeit muß für Zeiten der Krise zurückgehalten werden, ebenso wie wir im Reich, in der Stadt, in den Gemeinden, bei der Eisenbahn und bei der Post in guten Zeiten eine Manövriermasse ansammeln müssen, die in der Stunde der Not eingesetzt wird.

Die Tributlasten.

Das Bedenken, daß der durch die Tributlasten bedingte Kapitalmangel uns die Möglichkeit, die Krise zu überwinden, überhaupt nimmt, darf nicht übersehen werden, kann uns aber am positiven Vorgehen nicht hindern.

Es ist richtig, daß der Kapitalentzug durch die Tributlasten uns nicht nur das Blut der Wirtschaft nimmt, sondern auch, weil infolgedessen die Wirtschaft nicht genügend befruchtet wird, mit vermehrter Arbeitslosenunterstützung belastet. Das ist aber nicht nur eine Bedrohung der deutschen Wirtschaft, sondern überhaupt der gesamten Weltwirtschaft, die auf einem normalen Güteraustausch beruht, während jetzt die Abmachungen über die Kriegsschulden ungeheure Lasten ohne Gegenleistung bedeuten. Ob und in welchem Zeitpunkt die Regierung das Reparationsproblem wieder aufgreifen muß, kann heute nicht entschieden werden. Auf keinen Fall wird unter Verletzung von irgendwelchen Verträgen vorgegangen werden.

Die politische Verwahrlosung

ist leider sehr hoch gestiegen. Wunderdoktoren wollen dem deutschen Volke mit Geldtheorien und mit Schlagworten helfen. Auch im Kriege hat es Menschen gegeben, die die Bevölkerung statt mit Brot mit Brotmarken gefüttert haben. Aber sowenig man Nahrungsmittel durch Nahrungsmittelkarten ersetzen kann, sowenig kann man Kapital, das nicht vorhanden ist, durch irgendein Schriftstück hervorzaubern.

Dr. Dietrich schloß mit den Worten, diejenigen, die heute an der Spitze der Regierung stehen, glauben an die Lebenskraft des deutschen Volkes. Die Regierung hat nicht die Absicht, das Steuer aus der Hand zu geben, und wird sich auch durch das ungeheure Durcheinander im Volke den Blick für das praktisch Mögliche nicht trüben lassen und den Kampf wie bisher mit Ruhe und Energie führen in dem Bewußtsein, daß die Gegenwart die geleistete Arbeit nie anerkennt, daß es aber darauf ankommt, wieviel in der Zukunft sich auswirkt.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich.

Neue Wege?

Das Osthilfeprogramm, die außenpolitischen Schwierigkeiten, die Genfer Konferenz, — es ist eine ziemliche Last, die sich die Reichsregierung auf die Schultern geladen hat oder die ihr aufgeladen worden ist! Und nun hat der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich in einer Rede in Stuttgart noch weiteres angekündigt, das von der Regierung in Angriff genommen werden soll. Man will auf einem dritten Wege versuchen, der Arbeitslosigkeit auf den Leib zu rücken. Oder — was dasselbe ist — Beschäftigung, Ertrag und Absatz der Wirtschaft steigern.

Die Unterstützung der Erwerbslosen hat Milliarden gekostet und kostet jetzt monatlich eine Vierteimilliarde. Das ist leider eine Tatsache. Und die zweite ist: die Hingabe dieser Riesensummen erfolgt, ohne daß dafür ein Gegenwert geschaffen wird. Dr. Dietrich zieht aus beidem den Schluß, daß man „trotz aller theoretischen Bedenken dann eben das Betreten neuer Wege wagen müsse". Wir haben in Deutschland seit mehr als drei Jahren das System der Arbeitslosenversicherung; sein Fehler ist, wie der Minister sagte, „das Band der Verantwortung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gelockert und Familienverantwortungsgefühl in gefährlicher Weise verringert" zu haben. Aber der Hauptfehler liegt darin, daß es „mit der ungeheuren Arbeitslosigkeit nicht aufgeräumt hat". Also: Versuch auf anderem Wege, dem beizukommen.

Neu braucht man den Weg nicht zu nennen, von dem Dr. Dietrich nun als einer geplanten Regierungsmaßnahme umfassendster Art spricht: sondern ein solcher Vorschlag ist auf einer Seite — bei einzelnen Arbeitnehmerorganisationen — bereits grundsätzlich aufgetaucht und behandelt worden, wurde andererseits mehrfach durch einzelne Unternehmer oder durch Arbeitgebergruppen in die Öffentlichkeit gebracht. Arbeitslose Angestellte und Arbeiter sollen wieder in die Erzeugungsbetriebe zurückgeführt werden und diese Werke erhalten dann als Lohnzuschüsse jene Summen, die als Unterstützungen den Arbeitslosen gezahlt worden sind. Natürlich würde das zu einer — vorsichtig gesagt: theoretischen — Verbilligung der Erzeugung führen, weil ein großer Teil der auf die Produktion entfallenden Kosten nicht vom Unternehmer, sondern vom Reich mittels dieser „Lohnhilfe" getragen wird. Der Finanzminister „sieht darin keine Subvention". Eine andere Frage ist's aber, ob das Ausland der gleichen Ansicht ist, — und das ist nicht ohne Bedeutung für unseren Export.

Dr. Dietrich äußerte noch, daß seine Andeutungen zum Anlaß des „größten Sturms" werden könnten, der über diese Dinge losbrechen würde. Er mag damit nicht unrecht haben, denn derartige Vorschläge bzw. Forderungen haben bereits mehrfach zu sehr erregten Auseinandersetzungen geführt. Daß sie nur Notmaßnahmen sein und bleiben sollen, ist selbstverständlich, aber sie werden vielfach eben doch als Subventionierung privater Wirtschaftsunternehmungen betrachtet und demzufolge grundsätzlich abgelehnt. Theoretisch gesehen würde die Verbilligung der Erzeugung, also der Preisabbau, dadurch zu erreichen sein, daß durch Vermehrung der Erzeugung die „Produktionskapazität", also die Produktionsmöglichkeiten, beträchtlich gesteigert, besser ausgenutzt werden. Stilliegende Betriebe wieder in Gang zu bringen, in ihnen Werte zu erzeugen hieße an sich, das dort investierte, jetzt tote, also nur Zinsen und Kosten fressende Kapital fruchtbar zu machen, — wenn diese Werte Absatz finden! Da kommt man schon auf dem sehr schwankenden Boden der allgemeinen Kaufkraft hinaus auf Vermutungen, wie und ob sie sich noch mehr ausschöpfen läßt. Und ob vor allem eine erhebliche Steigerung unserer Ausfuhr erzielt werden kann.

Bedenken sind also — um dies hier nur zu skizzieren — zur Genüge vorhanden. Aber der Finanzminister weist mit der anderen Hand auf die Massen der vier Millionen Arbeitslosen und da „sind Bedenken nichts, positive Maßnahmen alles!" Man wird aber erst einmal abwarten müssen, wie die Reichsregierung diese Maßnahmen sich im einzelnen denkt; sie will ja am 12. Januar wieder zu einer großen Sitzung zusammentreten. Man wird dann auch erst hören müssen, wie sich nun die Wirtschaft zu solchen Plänen stellt, die ein tiefes finanzielles Eindringen des Reiches in die Betriebe bedeuten würde, wenn es zu einer „Lohnhilfe", zu „Lohnzuschüssen" u. dgl. kommen sollte; denn die Gelder müßten als irgendwie gearteter Kredit betrachtet werden und nicht als Zubußen ohne Gegenwert. Vorläufig aber wird es wohl erst einmal den „Sturm" geben, von dem Dr. Dietrich sprach. Immer kommt es aber darauf mehr an, was geschieht, als auf die heutzutage aus jedem Munde hörbare Phrase, „was geschehen".

Die Lebensmöglichkeiten für den Osten

Der Kanzler in Königsberg.

Besprechung mit den Provinzvertretern.

Mit einer längeren Rede begrüßte der Oberpräsident von Ostpreußen, Dr. Siehr, den von Schneidemühl über Allenstein in Königsberg eingetroffenen Reichskanzler Dr. Brüning, den Reichsminister Treviranus, Staatssekretär Dr. Krüger, Direktor Dr. Lautfer, Generaldirektor Dorpmüller und Ministerialdirektor Zarden und drückte seine Freude darüber aus, daß Reichsbankpräsident Dr. Luther einen Teil der Reise von Allenstein aus mitmache. Er dankte den Herren dafür, daß sie nach Ostpreußen gekommen seien, und legte in einer etwa einstündigen Rede die Nöte der Provinz Ostpreußen dar.

Oberpräsident Dr. Siehr wies besonders auf die Arbeitslosigkeit, die Überproduktion an landwirtschaftlichen Rohstoffen und die gewaltige Landwirtschaftskrise hin, von der der Osten ganz besonders betroffen sei. Die Grenzziehung im deutschen Osten biete für Ostpreußen ganz besondere Schwierigkeiten. Zahlreiche Eisenbahnlinien und andere Verkehrsverbindungen seien einfach abgeschnitten und

der Korridor

isoliere vollständig die Provinz vom Reich, so daß Ostpreußen seine Waren, von denen früher ein Drittel nach dem jetzigen Korridorgebiet ging, nunmehr weiter westwärts unterbringen müsse. Er müsse, so führte der Oberpräsident aus, den Reichskanzler pflichtgemäß darauf aufmerksam machen, daß die Osthilfenotverordnung insofern ernste Besorgnisse innerhalb der Provinz hervorgerufen habe, als man glaubte, aus ihr herauslesen zu müssen, daß der Gedanke der Sonderbehandlung Ostpreußens für die Zukunft aufgegeben oder doch in den Hintergrund gedrängt werden solle. Der Oberpräsident ging sodann im einzelnen auf die Not der Landwirtschaft ein, bei der zunächst der Hebel angesetzt werden müsse. Ostpreußen wisse, daß in ernsten, kritischen Zeiten Verzagtheit und Uneinigkeit die schlechtesten Berater seien. Ostpreußen kenne seine Aufgaben und seine Pflicht. Es wolle ehrlich und einmütig bestrebt sein, diese Pflicht gegenüber dem ganzen deutschen Vaterlande zu erfüllen.

Einzelwünsche.

Der Direktor des Landesfinanzamtes Königsberg, Weidemann, teilte mit, daß in finanzieller Hinsicht eine Reihe von Vorschlägen in Berlin unterbreitet wurde. Der Präsident des Provinziallandtages, von Berg, betonte: „Wir wollen uns nicht von Polen verschlucken lassen. Wir hungern nach starken Worten und Taten Polen gegenüber." Landeshauptmann Dr. Blunk brachte zahlreiche Wünsche der Provinz vor. Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer schilderte die Notlage Königsbergs infolge der Lasten der Wohlfahrtserwerbslosen. Der Präsident der Landwirtschaftskammer, Dr. Brandes, legte die Notlage der Landwirtschaft dar, der Vizepräsident der Handelskammer, Litten, die des Handels. Es sprachen noch der Präsident der Handwerkskammer, Groß, der Präsident des Landesarbeitsamtes, Gaßner, der Präsident des Landeskulturamtes, Pauly, Generallandschaftsdirektor von Hippel und Landrat Stankewitz.

Schließlich erklärte Reichsminister Treviranus, der eine Zweck dieser Reise ist die Vorbereitung eines Hilfswerkes, das für Jahre hinaus festgelegt werden soll. Ich glaube, daß der Versuch gemacht werden muß, zwischen den Wünschen nach einer generellen Lastensenkung und der Prüfung des Einzelfalles die Möglichkeit zu finden

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF